

### Wir stellen uns den Herausforderungen



Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir Sozialdemokraten sprechen über gesellschaftliche Ausgrenzung und Armut, wir stellen uns der Diskussion und ducken uns nicht weg. Schließlich haben wir den ersten Armuts- und Reichtumsbericht eingeführt, um uns über genaue Zahlen und Fakten im Klaren zu sein. Klar ist aber auch, dass die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre nicht für diese Situation verantwortlich gemacht werden können. Das Gegenteil ist der Fall: Erst durch die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe haben wir Hunderttausende aus der Ecke der Sozialhilfe herausgeholt. Seit 2005 werden auch arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger wieder in Arbeit vermittelt und es werden Beiträge in die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung bezahlt. Dies ist für bisherige Leistungsbezieher eine deutliche Verbesserung. Wir wissen aber auch, dass die BA die Anstrengungen verstärken muss, insbesondere Langzeitarbeitslosen Angebote zu unterbreiten.

Erst vor der Sommerpause haben wir bei Hartz IV Änderungen verabschiedet und sollten jetzt diese Korrekturen wirken lassen. Die Sanktionsmöglichkeiten für die Empfänger von Arbeitslosengeld II sind verschärft worden.

Wenn jemand eine zumutbare Arbeit ablehnt, werden seine Bezüge gekürzt. Ich sehe daher zu diesem Zeitpunkt keine Notwendigkeit, weitere Einschnitte vorzunehmen.

Stattdessen plädieren wir als SPD für den Mindestlohn, und auch in der Union wächst die Erkenntnis, dass es nicht sein kann, dass jemand für Lohnarbeit weniger erhält als durch Arbeitslosengeld II. Ich gehe davon aus, dass wir bis zum Frühjahr 2007 eine Einigung erzielt haben werden. Selbstverständlich ist die Lohnfrage zunächst Aufgabe der Tarifparteien. Doch wenn sie es nicht lösen können, kommt ein gesetzlicher Mindestlohn in Betracht. Um es klar zu sagen: Niemand will einen gleichen Mindestlohn für ganz Deutschland. Auch ich halte den vom DGB generell geforderten Satz von 7,50 Euro für zu hoch. Der Mindestlohn sollte in den jeweiligen Regionen und Branchen festgelegt werden, dabei können auch die Arbeitgeber mitreden. Ein Kombilohn hingegen ist nicht finanzierbar. Außerdem muss man hier Missbrauch befürchten, indem die Unternehmen erst Leute entlassen und sie dann wieder einstellen, um dafür Steuergelder zu kassieren. Diese Mitnahmeeffekte müssen wir ausschließen.

Für die SPD-Fraktion ist zentral, dass sich die Men-

schen auf den Schutz des Staates auch weiterhin verlassen können. Wir müssen uns stets aufs Neue die Frage stellen, ob der Staat, bzw. die Politik in der Lage ist, den Menschen aller gesellschaftlicher Gruppen entsprechende Aufstiegschancen zu bieten.

Insbesondere die PISA-Studie hat uns gezeigt, dass in Deutschland – mehr als in jedem anderen europäischen Land – die soziale Herkunft über Bildungs- und Lebenschancen entscheidet. Wir Sozialdemokraten finden uns mit dieser gesellschaftlichen Realität nicht ab. Transfers allein entscheiden jedoch nicht über die erfolgreiche Förderung von Kindern. Es geht vor allem darum, besonders den Kindern Bildungschancen zu eröffnen. Daher haben wir mit unseren Initiativen zum Ausbau der Ganztagschulen sowie der Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen ergänzt durch unsere Familienpolitik mit der Erhöhung des Kindergelds oder dem Ausbau weiterer familienpolitischen Leistungen begonnen. Gebührenfreie Kindertagesstätten sowie frühkindliche Erziehung sind ein Weg. Gesundheitsaufklärung, Gesundheitsbewusstsein und richtige Ernährung sind ebenfalls Themen,

#### THEMEN DIESER AUSGABE

- *Wir stellen uns den Herausforderungen*
- *Das Elterngeld kommt*
- *Die Gesundheitsreform ist besser als ihr Ruf*
- *Neu zum 1.11.2006*
- *Kampf gegen den Rechtsextremismus*
- *Unterstützung für Ausbilder und Auszubildende*
- *Die BPA Besuchergruppe*

#### RUBRIKEN

- *Termine*

über die wir in diesem Zusammenhang sprechen müssen – auch in den Schulen und in den Familien. Wir verschließen nicht die Augen vor Armut in Deutschland. Jetzt geht es darum entscheidende Handlungsfelder zu beschreiben, um dieser vorzubeugen.

Es grüßt euch ganz herzlich

#### IMPRESSUM

Herausgeber: Franz Thönnnes  
 Redaktionsadresse: Bürgerbüro  
 Redaktion: Franz Thönnnes, Sabine Herget, Thomas Fritz

# Das Elterngeld kommt

Ab 1. Januar 2007 wird anstelle des Erziehungsgeldes das Elterngeld eingeführt. Damit wird ein zentrales Versprechen sozialdemokratischer Familienpolitik erfüllt. Das Elterngeld wird dem Wunsch junger Paare nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht und ist ein wichtiger Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

Mit dem Elterngeld wollen wir Einkommenseinbrüche durch den Wegfall eines Erwerbseinkommens vermeiden. Die in der Koalition jetzt festgelegten Eckpunkte orientieren sich eng an dem bereits von unserer früheren Bundesfamilienministerin Renate Schmidt verfolgten Konzept, das wir auch als zentrales Vorhaben im Koalitionsvertrag verankern konnten. Vorbild für das Konzept ist das skandinavische Modell.

## Keine Anrechnung auf andere Sozialleistungen

Das neue Elterngeld wird 67 Prozent, maximal 1.800 Euro, des monatlichen Nettoeinkommens des betreuenden Elternteils ersetzen. Alle, die vor der Geburt kein eigenes Einkommen bezogen haben, erhalten einen monatlichen Sockelbetrag von 300 Euro. Auch hier setzt die Einigung im Koalitionsausschuss die richtigen Akzente: Wie das bisherige Erziehungsgeld bleibt auch das Elterngeld ohne Anrechnung auf andere Sozialleistungen, insbesondere das Arbeitslosengeld II - das war für uns Sozialdemokraten ein ganz wichtiges Anliegen sozialer Gerechtigkeit. Wir wollten nicht, dass arbeitslose Menschen beim Elterngeld leer ausgehen. In den Verhandlungen konnten wir verhindern, dass Verbesserungen für die meisten Eltern mit deutlichen Schlechterstellungen für Langzeitarbeitslose einhergehen.

## Gleichstellung unverzichtbar

Die Leistung wird künftig für 14 Monate gezahlt, wenn sich beide Elternteile an der Kinderbetreuung beteiligen und jeder Partner mindest für zwei Monate seine berufliche Tätigkeit zu diesem Zweck unterbricht beziehungsweise reduziert - ansonsten gibt es das Elterngeld nur für 12 Monate. Allein Erziehende können die Leistung grundsätzlich die vollen 14 Monate erhalten. Die "Partnermonate" sind für uns ein unverzichtbares gleichstellungspolitisches Element der neuen Leistung, an dem wir gegen alle Kritik der vergangenen Wochen festgehalten haben.

Mit den beim Elterngeld geplanten zwei Partnermonaten unterstützen wir Mütter und Väter gleichermaßen. Sie erleichtern es vor allem Männern, den Anspruch auf bezahlte Elternzeit beim Arbeitgeber tatsächlich durchzusetzen. Für Mütter werden unter anderem Bewerbungsgespräche einfacher, weil ihnen nicht automatisch

der volle Anteil der Familienarbeit nach der Geburt eines Kindes zugeordnet wird. Mit den Partnermonaten ebnen wir den Weg für eine partnerschaftliche Teilung der Erziehungsarbeit. Davon werden auch die Kinder profitieren. Denn Kinder brauchen Mutter und Vater gleichermaßen.

## Modernisierung der Familienpolitik

Das Elterngeld ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Modernisierung der Familienpolitik, den wir Sozialdemokraten auf den Weg gebracht haben. Es ergänzt unsere Anstrengungen zum Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, für den wir in der letzten Wahlperiode mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) für die unter Dreijährigen und das Ganztagsschulprogramm entscheidende Impulse gesetzt haben. Diesen erfolgreichen familienpolitischen Weg wollen wir auch in Zukunft fortsetzen.

Das Elterngeld ist nur ein Baustein unserer Familienpolitik, aber ein weiterer wichtiger Schritt zur Modernisierung der Familienpolitik, die wir auf den Weg gebracht haben. Insgesamt setzen wir auf einen umfassenden Mix aus Infrastruktur, Zeit und Geld für Familien. Dazu gehören ein flächendeckender und bedarfsge rechter Ausbau und eine bessere Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote, die wir mit unserem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) bereits in der letzten Wahlperiode erfolgreich auf den Weg gebracht haben, finanzielle Hilfen für Familien, die - wie das Elterngeld oder der Kinderzuschlag - auch auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hin ausgerichtet sind und der Einsatz für eine familienfreundliche Arbeitswelt, den wir als SPD - allen voran Renate Schmidt - mit starken Partnern aus Wirtschaft, Verbänden und lokaler Politik in der "Allianz für die Familie" und vielen "Lokalen Bündnissen" vor Ort organisiert haben.

All diese Vorhaben sind und bleiben Markenzeichen unserer sozialdemokratischen Politik. Sie bedeuten zusätzliche Chancen für Familien.

## Skandinavisches Modell des Elterngelds

In skandinavischen Ländern wird Elterngeld seit Jahren erfolgreich praktiziert. In Schweden wird Eltern für insgesamt 480 Tage ein Elterngeld gewährt. 360 Tage davon wird ein Anteil von 80 Prozent des früheren Lohns ausbezahlt. Zusätzlich dürfen die Elternteile ihre Arbeitszeit um bis zu zwei Stunden täglich verkürzen, bis das Kind acht Jahre alt ist, allerdings ohne Lohnausgleich. Die Erhöhung der Geburtenrate in Schweden wird auf diese Praxis zurückgeführt. Auch die Familienarmut wurde durch die Ausbezahlung von Elterngeld gesenkt. In Norwegen haben Eltern Anspruch auf Elterngeld für ein Jahr in Höhe von 80% des früheren Lohns oder alternativ für 42 Wochen zu 100%. In Finnland wird Elterngeld für neun Monate und in Dänemark für mindestens sechs Monate ausbezahlt.



Kleine Menschen brauchen einen starken Halt. Das Elterngeld ist ein Weg dazu.

## Die Gesundheitsreform ist besser als ihr Ruf

Am 27. Oktober hat der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform in 1. Lesung beraten. Im Laufe der parlamentarischen Beratungen wird es sicherlich noch zu Änderungen kommen. Ziel ist es, die Reform zum 1. April 2007 in Kraft treten zu lassen.

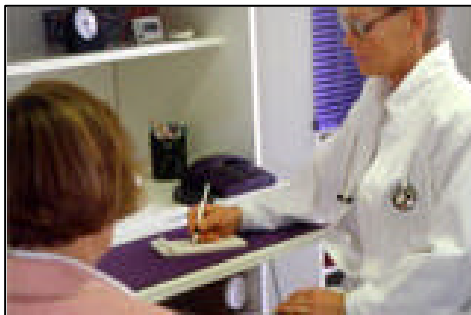
Die wichtigsten Veränderungen sind hierbei:

- die **Qualität** der Versorgung wird verbessert,
- die **Wirtschaftlichkeit** durch die Erhöhung der **Transparenz** und den Ausbau des **Wettbewerbs** zu verbessern,
- die **Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten** der Versicherten wird erweitert,
- der **bürokratische Aufwand** bei allen Beteiligten wird vermindert und
- in Zukunft werden die Gesundheitsausgaben der Krankenversicherung für gesamtgesellschaftliche Aufgaben (beitragsfreie Mitversicherung von Kindern) zunehmend aus Steuermitteln finanziert.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist dabei von zentraler Bedeutung, dass alle Bürgerinnen und Bürger künftig die Möglichkeit haben, sich für den Krankheitsfall abzusichern. Bislang Nichtversicherte müssen von ihrer früheren Krankenkasse wieder aufgenommen werden - egal ob gesetzlich oder privat. Dazu sollen die Privaten Krankenversicherungen einen Basistarif anbieten, der den Höchstbeitrag der Gesetzlichen Krankenkasse (GKV) nicht übersteigen darf. Würde durch die Bezahlung einer solchen Prämie Hilfebedürftigkeit ausgelöst, reduziert sich der Tarif auf die Hälfte. Bleibt auch danach die Hilfebedürftigkeit bestehen, muss sich der zuständige Träger nach SGB XII (Sozialamt) oder nach SGB II (Agentur für Arbeit) im notwendigen Umfang, maximal aber mit dem heute an GKV-Versicherte bezahlten Satz von 125 Euro, an den Kosten beteiligen.

Wichtig ist außerdem, dass es keine Leistungskürzungen in der Gesetzlichen Krankenkasse geben wird. Darüber hinaus soll die Gesetzliche Krankenkasse künftig mehr Wahlmöglichkeiten bieten.

Versicherte können dann zwischen verschiedenen Behandlungsmodellen (integrierte Versorgung, Hausarztmodell) und Tarifen (Selbstbehalte, Kostenerstattung) wählen. Dort, wo es notwendig ist, werden



Leistungen ausgebaut wie z. B. für eine bessere Gesundheitsvorsorge durch Impfungen oder Mutter-Vater-Kind-Kuren. Auch das Solidarsystem bleibt durch die Einführung des Gesundheitsfonds und eines modernisierten, gerechte-

ren Risikostrukturausgleichs (RSA) erhalten. Der Gesundheitsfonds sorgt für mehr Transparenz und Wettbewerb im Gesundheitssystem. Außerdem ist durch die künftig stärkere Steuerfinanzierung eine gerechtere Finanzierung unseres Gesundheitssystems gewährleistet. Der Beitragssatz wird künftig bundeseinheitlich geregelt. Ohne bürokratischen Aufwand wird ein Fonds gebildet, der künftig alle Beiträge der Arbeitgeber und der anderen Sozialversicherungsträger bündelt. Zusätzlich fließen Steuermittel in den Fonds. Daraus erhalten die Kassen Zuweisungen zur Deckung ihrer Ausgaben und zwar eine Grundpauschale pro Versicherten sowie alters- und risikobezogene Zuschläge. Dieser neue RSA soll neben Alter und Geschlecht unterschiedliche Krankheitsrisiken in der jeweiligen Versichertenstruktur berücksichtigen und einen Ausgleich zwischen den Kassen schaffen. Dabei wird sich der RSA an 50 bis 80 Krankheiten orientieren, deren durchschnittliche Leistungsausgaben pro Versicherten die GKV-weiten Durchschnittsausgaben pro Versicherten um mindestens 50 Prozent übersteigen.

Um die Versicherten nicht zu stark zu belasten haben wir uns in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass der Zusatzbeitrag auf 1 Prozent des Haushaltseinkommens begrenzt wird. Wenn eine Kasse mit den ihr aus dem Fonds zugewiesenen Mitteln nicht auskommt, soll sie zunächst alle Möglichkeiten ausnutzen, um Kosten zu senken. Durch diese Begrenzung wird eine finanzielle Überforderung der Versicherten ausgeschlossen. Feste oder prozentuale Zusatzbeiträge in der Höhe von einem bis zu maximal acht Euro können ohne Einkommensprüfung erhoben werden. Im Falle einer Erhebung von Zusatzbeiträgen können die Versicherten die Kasse wechseln. Kassen, die gut wirtschaften, zahlen überschüssige Mittel an ihre Versicherten aus.

Der Gesundheitsfonds wird zum 1. Januar 2009 zusammen mit dem modernisierten RSA und der neuen Gebührenordnung für Ärzte eingeführt. Somit können die drei Systemneuerungen gleichzeitig umgesetzt werden und es bleibt ausreichend Zeit für deren Vorbereitung.

Wünschenswert wäre es aus unserer Sicht gewesen, mutigere Schritte zu gehen. Dazu gehört die Einbindung der Privaten Krankenversicherung in das solidarische Gesundheitssystem genauso wie eine stärkere Finanzierung aus Steuermitteln. Dies war mit unserem Koalitionspartner jedoch nicht möglich. Aber die SPD hat sich in zentralen Punkten durchgesetzt und werden weiterhin den Weg zu mehr Solidarität im Gesundheitswesen konsequent weitergehen.

Wünschenswert wäre es aus unserer Sicht gewesen, mutigere Schritte zu gehen. Dazu gehört die Einbindung der Privaten Krankenversicherung in das solidarische Gesundheitssystem genauso wie eine stärkere Finanzierung aus Steuermitteln. Dies war mit unserem Koalitionspartner jedoch nicht möglich. Aber die SPD hat sich in zentralen Punkten durchgesetzt und werden weiterhin den Weg zu mehr Solidarität im Gesundheitswesen konsequent weitergehen.



## Neu zum 1.11.2006

Zum 1. November treten zwei Neuregelungen in Kraft. In der Bauwirtschaft soll mit dem neuen Saison-Kurzarbeitergeld steigende Arbeitslosigkeit in der Schlechtwetterzeit vermieden werden. Durch die nationale Umsetzung von EU-Vergaberichtlinien wird die Vergabe von Staatsaufträgen vereinfacht.

**Zahlung des Saison-Kurzarbeitergeldes in der Bauwirtschaft**

Das neue Saison-Kurzarbeitergeld hat zum Ziel, Arbeitnehmer bei saisonalen Arbeitsausfällen in der Schlechtwetterzeit nicht in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, sondern sie im Betrieb zu halten und damit die Beschäftigungsverhältnisse zu stabilisieren. Saisonale Arbeitsausfälle können witterungsbedingte Arbeitsausfälle sein oder wirtschaftliche Ursachen haben, wie Auftragsmangel.

Mit dem Saison-Kurzarbeitergeld wird das bisherige Winterausfallgeld ersetzt. Es wird ab der 1. Ausfallstunde gezahlt. Dies gilt nur dann nicht, wenn im Bauhauptgewerbe (Betriebe des BRTV-Bau) noch Arbeitszeitguthaben einzubringen oder im Baunebengewerbe (Betriebe des Dachdeckerhandwerks, des Gerüstbaus und des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaus) noch Vorausleistungen zu erbringen sind.

Es wird in der Schlechtwetterzeit vom 1. Dezember bis zum 31. März gezahlt.

Im Baunebengewerbe gilt in der Winterperiode 2006/2007 noch die bislang gültige Schlechtwetterzeit ab dem 1. November.

Die Berechnung und die Höhe des Saison-Kurzarbeitergeldes entspricht dem Kurzarbeitergeld und dem bisherigen Winterausfallgeld. Sie richtet sich nach dem pauschalierten Nettoentgeltausfall im Kalendermonat.

Das Saison-Kurzarbeitergeld wird in zwei verschiedenen hohen Leistungssätzen gewährt: Arbeitnehmer mit mindestens einem Kind erhalten 67 Prozent, Arbeitnehmer ohne Kind 60 Prozent des - um pauschalierte Abzüge geminderten - entgangenen Arbeitsentgelts.

Die Arbeitnehmer des Baugewerbes haben zudem Anspruch auf ergänzende Leistungen: das Zuschuss-Wintergeld und das Mehraufwands-Wintergeld.

Arbeitgeber bekommen die von ihnen allein zu tragenden Beiträge zur Sozialversicherung für die Bezie-

her des Saison-Kurzarbeitergeldes erstattet.

Die neue Förderung ist für die Baubetriebe nahezu kostenneutral. Finanziert wird das Saison-Kurzarbeitergeld aus Beitragsmitteln zur Arbeitsförderung; ergänzende Leistungen werden aus Umlagemitteln bereitgestellt.

Das neue Leistungssystem bleibt zunächst auf das Baugewerbe beschränkt.

**Erster Schritt zur Vereinfachung des Vergaberechts**

Die Bundesregierung will die Vergabe von Staatsaufträgen vereinfachen und modernisieren. Dazu sind zwei Schritte vorgesehen. Der erste Schritt wird mit der Dritten Änderung der Vergabeverordnung vollzogen, die zum 1. November in Kraft tritt.

EU-Recht wird in das bestehende Rechtssystem von Gesetz, Verordnung und den so genannten Verdingungsverordnungen umgesetzt. Die Regelungen für größere öffentliche Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträge (VOL, VOB und VOF) werden an geänderte EU-Richtlinien angepasst. Die öffentlichen Auftraggeber werden verpflichtet, bei Auftragsvergaben oberhalb der EU-Schwellenwerte die geänderten Verdingungsverordnungen anzuwenden.

Die Schwellenwerte werden wie folgt angepasst:

- für Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Trinkwasser- oder Energieversorgung oder im Verkehrsbereich: von zur Zeit 400.000 Euro auf 422.000 Euro
- für Liefer- und Dienstleistungsaufträge der obersten oder oberen
- Bundesbehörden sowie vergleichbarer Bundeseinrichtungen von 130.000 Euro auf 137.000 Euro



- für alle anderen Liefer- und Dienstleistungsaufträge: von 200.000 Euro auf 211.000 Euro

für Bauaufträge: von 5 Millionen Euro auf 5.278.000 Euro.

Im zweiten Schritt ist die Vereinfachung des komplizierten und schwerfälligen deutschen Vergaberechts vorgesehen. Ziel ist hier, viele und insbesondere kleinere Unternehmen mit weniger Aufwand an den Vergabeverfahren beteiligen zu können. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll bis Ende des Jahres vorgelegt werden.

## Kampf gegen den Rechtsextremismus

Der Einzug der rechtsextremen NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ist eine Herausforderung für die Demokratie und die Zivilgesellschaft. Dieses Ergebnis ist kein Resultat einer Protestwahl, denn die NPD hat in den vergangenen Jahren ein enges Netzwerk in Mecklenburg-Vorpommern aufgebaut. Es ist Aufgabe der gesamten demokratischen Gesellschaft dafür zu sorgen, dass vor allem junge Menschen auch in für sie schwierigen wirtschaftlichen Zeiten und in persönlich gefühlter sozialer Unsicherheit nicht von verfassungsfeindlichen, menschenverachtenden und rassistischen Parolen beeinflusst werden.

### Stärkung der Zivilgesellschaft

Das Bundesprogramm "Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" hat in den vergangenen Jahren mehr als 100 Millionen Euro zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Verfügung gestellt. Ziel dieses Programms waren die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie die Unterstützung von Gruppen und Projekten, die sich gegen den Rechtsextremismus einsetzen und die Opfer rechter Gewalt unterstützen.

Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass die aufgebauten Strukturen gegen Rechts erhalten werden müssen und das Engagement des Bundes verstärkt werden muss. Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 sind wieder 19 Millionen Euro für den Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antise-

mitismus vorgesehen. Das ist aufgrund der angespannten Haushaltslage ein großer Erfolg, den wir als SPD-Bundestagsfraktion erzielen konnten.

Zusätzlich müssen wir Mittel für langfristige Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus bereitstellen. Mobile Beratungsteams mit kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen in Zukunft bundesweit Kommunen und Bürgerinitiativen gegen Rechts beraten und unterstützen. Über Netzwerkstellen sollen engagierte Menschen zusammenarbeiten und Opferberatungen präventiv und im konkreten Einzel-



Günter Grass engagiert sich gegen Nazis

fall helfen. Diese Strukturprojekte gegen Rechts, die ein effektives Netzwerk vor allem in den neuen Bundesländern aufgebaut haben, müssen auf eine finanziell sichere Grundlage gestellt werden und ihr Engagement bundesweit ausdehnen. Es ist der SPD-Bundestagsfraktion in den Verhandlungen mit dem Bundesfa-

milienministerium gelungen durchzusetzen, dass schon in diesem Jahr Bewilligungen aus dem neuen Programm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" für die Förderung von Projekten ausgesgeben werden und die wichtige Arbeit Anfang Januar nahtlos weitergehen kann.

### Für Freiheit, Demokratie und Toleranz

Doch nicht allein der Bund hat die Aufgabe, die demokratischen Strukturen zu stärken und den Rechtsextremismus zu bekämpfen.

Hier sind vor allem auch die Länder und Kommunen gefragt. Sie kennen die Strukturen vor Ort besser und müssen sich finanziell an diesen Maßnahmen beteiligen.

Es ist jetzt höchste Zeit zu handeln. Wir dürfen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht nachlassen. Alle demokratischen Parteien auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene müssen hier gemeinsam arbeiten und das Engagement für Freiheit, Demokratie und Toleranz auf eine finanziell solide Grundlage stellen.

In einer Demokratie gibt es viele Wege, Protest zum Ausdruck zu bringen. Rechtsextremismus gehört nicht dazu. In unserer ganzen Gesellschaft muss der breite Konsens gelten: Es ist zutiefst unanständig, Nazis zu wählen!

## Bürgerbüro Thönnnes

Oldesloer Straße 20  
23795 Bad Segeberg  
Tel.: 04551—968383  
Fax.: 04551—967338  
E-mail: buergerbuero@thoennes.de



Thomas Fritz

## Büro in Berlin

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030—227—71128  
Fax.: 030—227—76828  
E-mail: franz.thoennes@bundestag.de



Sabine Herget

**Termine**

6.-10.11. Sitzungswoche

14.11. Gespräch mit der  
Kreistagsfraktion Sege-  
berg über Probleme beim  
SGB II, 17.30 Uhr, Hö-  
gersdorf

15.11. Treffen mit dem  
Vorsitzenden der SoVD  
Stormarn, 15.00 Uhr, Ge-  
schäftsstelle, Bad Oldes-  
loe

16.11. Teilnahme am  
Wirtschaftspolitischen  
Dialog der Friedrich-  
Ebert-Stiftung Mecklen-  
burg-Vorpommern, 18.00  
Uhr, Rosock

17.11. Besuch der Orts-  
vereinsvorsitzenden-  
Runde Lauenburg-Süd  
auf Einladung von Olaf  
Schulze, MdL, 19.00 Uhr,  
Dassendorf

20.-24.11. Sitzungswo-  
che

## Unterstützung für Ausbilder und Auszubildende

Der im Juni 2004 erstmals eingerichtete „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ arbeitet erfolgreich. Seit dem vergangenen Ausbildungsjahr konnten die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Industrie und Handel um 11.700 auf 303.300 (+ 4 %) und im Handwerk um 2.300 auf 143.800 (+1,6 %) gesteigert werden. Damit setzt sich auch die konjunkturelle Erholung am Arbeitsmarkt auch im Bereich der Ausbildung fort. Insgesamt konnte somit ein höheres Niveau an Ausbildungsverträgen als vor dem Pakt erreicht werden. In den vergangenen Jahren ist allerdings auch die Nachfrage nach Lehrstellen angewachsen.

So ist die Zahl der Bewerber seit dem vergangenen Jahr um 22.100 auf 763.100 angestiegen. Dieser Anstieg beruht ausschließlich auf einer Zunahme an Bewerbern aus früheren Schulentlassjahren. Die Zunahme nicht vermittelter Bewerber (um 9.000) auf

49.500 und der noch unbesetzten Stellen (um 2.800) auf 15.400 bewirkte, dass auch die Lücke auf dem Ausbildungsmarkt größer ist als im Vorjahr (+ 6.200). Sie ist allerdings nicht in dem Umfang gestiegen wie der Bewerberzuwachs, der durch zusätzliches Engagement aller Beteiligten bereits zum Teil aufgefangen werden konnte. Die Entwicklung macht aber weitere intensive Anstrengungen aller Beteiligten am Ausbildungspakt in den nächsten Monaten erforderlich, um Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt zusammen zu bringen.

In diesem Zusammenhang hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Seite ins Internet gestellt ([www.erfolgreich-ausbilden.de](http://www.erfolgreich-ausbilden.de)), die Ausbildungsplatzanbieter und Bewerber bei ihrer Suche helfen kann. Die Seite hält eine Fülle von Informationen rund um das Thema bereit und ist in verschiedenen Sprachen abgehalten. Daher sollen auch ausländische Unternehmen gezielt

angesprochen werden.

Neben der sprachlichen Barriere speziell bei sind bei vielen Bewerbern auch fehlende Einstiegsqualifikationen die die Aufnahme eine betrieblichen Ausbildung erschweren. Mit der Bereitstellung von jährlich 25.000 Praktikumsplätzen von Seiten der Wirtschaft sollen genau diese ersten Kenntnisse erworben werden. Die VHS Kaltenkirchen leistet im Verbund mit dem Kaltenkirchener Ring für Handel, Handwerk und Industrie e.V. in diesem Bereich vorbildliche Arbeit. Im Rahmen eines regionalen Ausbildungsverbundes wird ein Ausbildungs- und Praktikantenatlas erstellt, der zukünftig auch online abrufbar sein soll. Über diesen Weg können sich Jugendliche an zentraler Stelle über Betriebe informieren, die eine Ausbildungs- oder Praktikumsstelle anbieten und müssen so nicht bei den Unternehmen einzeln nachfragen.



Im spätsommerlichen Berlin konnte Franz Thönnnes wieder 50 Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis und dem Betreuungswahlkreis Lauenburg/ Stormarn-Süd begrüßen. Darunter Kommunalpolitiker und ehrenamtlich Aktive. Nach dem Besuch im Plenarsaal des Deutschen Bundestages nahm sich Thönnnes Zeit, mit seinen Gästen aktuelle politische Themen zu diskutieren.